Margit Mayer

Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik

Obwohl die Debatten um neue (post-fordistische) Entwicklungen häufig eine wachsende Bedeutung der lokalen Ebene betonen und den lokalen Staat als zentralen Ort v.a. der Regulation ausmachen, ist die Rolle subnationaler territorialer und funktionaler Räume innerhalb der neu entstehenden Formation nach wie vor unterbelichtet bzw. unklar. Ein Grund hierfür mag sein, dass die wenigen, explizit in Auseinandersetzung mit regulationstheoretischen Ansätzen arbeitenden Untersuchungen zu Veränderungen lokaler Prozesse und Politikformen zu recht widersprüchlichen Positionen gelangt sind. So wirft Jones beispielsweise der Mehrzahl der „Lokal-Regulationisten" vor, dass sie lokale Transformationen schlicht als Epiphänomene des (von ihm angezweifelten) *Shift* vom Fordismus zum Postfordismus interpretieren (Jones 1997:855), woraus sich keine Theorie der Veränderungen lokaler *governance* entwickeln lasse. Andere sich mit der „lokalen Regulationstheorie" auseinandersetzende Autoren (Painter 1995, Peck und Tickell 1994) bezweifeln überhaupt, dass sich mit den zu beobachtenden - wenn auch signifikanten - Veränderungen ein neues (kohärentes) Regime abzeichne; vielmehr hätten wir es mit der Krise bzw. dem Versagen der vorhandenen Regulationsmodi zu tun. Brenner und Theodore (2002) dagegen, die durchaus post-fordistischen räumlichen und lokalen Formen staatlicher Regulation auf der Spur sind, fokussieren ihr Interesse jedoch auf die *neoliberale* Stadt, was den Blick auf die möglichen Konturen postfordistischer Regulation einengt: neben neoliberalen Mustern sind auch neoetatistische, neokommunitäre, neokorporatistische oder Mischvarianten subnationaler Regulation denkbar bzw. beobachtbar.

Diese unterschiedlichen und allesamt unfertigen Sichtweisen auf die Rolle der lokalen Ebene bei der Restrukturierung und Reskalierung von Akkumulation und Regulation entwickelter kapitalistischer Gesellschaften können hier nicht näher beleuchtet oder abgeglichen werden. Die Relevanz und potenzielle Nützlichkeit einer regulationstheoretischen Sicht auf die lokale Ebene soll hier vielmehr an Hand neuerer empirischer Ergebnisse aus der lokalen Politikforschung und der Entwicklungen im Feld städtischer Sozialpolitik konkretisiert werden. Dabei soll es gleichzeitig darum gehen, mit Hilfe dieser Befunde den Regulationsansatz, der ja stark von seinem ursprünglichen Erklärungsgegenstand - dem atlantischen Fordismus mit seiner speziellen raum-zeitlichen Fixierung und seinen Stabilitätserwartungen - geprägt war, weiter zu entwickeln. Der Fokus auf subnationale Ebenen folgt aus der Annahme, dass mit der „Entterritorialisierung" des Akkumulationsprozesses räumlich differenzierte Formen soziopolitischer Territorialisierung eine wichtige Voraussetzung post-fordistischer Reproduktion - von Akkumulationsstrategien, staatlichen Projekten sowie von Hegemonie-Projekten - geworden sind

(Hirsch u.a. 2001). Nicht nur supranationale Räume, Institutionen und Prozesse sind für das post-fordistische Akkumulationsregime und seine Regulationsweise als strategisch relevante neben die nationalstaatlichen getreten. Auch subnationale - regionale, lokale und sublokale - Räume bzw. Ebenen haben eine völlig neue Bedeutung für die Reproduktion der entstehenden Formation gewonnen. So herrscht weithin Konsens darüber, dass die Konkurrenz der Standorte auch eine der Regionen und Städte geworden ist; Städte bzw. Stadtregionen gelten inzwischen sogar als zentrale Motoren wirtschaftlichen Wachstums, als essenzielle Akteure für wirtschaftliche und kulturelle Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Gleichzeitig haben sich innerhalb dieser aufgewerteten Regionen und Städte neue räumliche Differenzierungen und Polarisierungen ausgebildet, und sind entsprechend unterschiedliche sozialräumliche Politikansätze in den Vordergrund getreten.

Trotz der gewachsenen Bedeutung der auf dieser Ebene greifenden neuen Akkumulationsstrategien und Regulationsmuster wissen wir jedoch wenig über die Prozesse der räumlichen Konfiguration und die der Reorganisation von Staatlichkeit auf dieser Ebene[1]. *Rescaling*, also die Verschiebung strategischer staatlicher Funktionen nach „oben" und „unten", ist in regulationstheoretischen Analysen als zentrales Element der neuen „glokalisierten" Staatlichkeit ausgemacht worden (*glocalized configurations of state spatiality*, Brenner 2003). Auch bezogen auf die subnationale Ebene und ihre spezifische Rolle innerhalb eines „re-skalierten" Reproduktionszusammenhangs sollte der Regulationsansatz also produktiv gemacht werden können. Mit seinem Fokus auf dem Prozess der permanenten Selbsttransformation der kapitalistischen Gesellschaft erlaubt er es, die Möglichkeiten für unterschiedliche Kompromisse innerhalb einer Korrespondenz von Akkumulationsregime und Regulationsweisen zu eruieren (Jessop 1990a: 309; Mayer 1991). Seine Betonung der Offenheit des Ausgangs bzw. der Gestaltbarkeit der jeweiligen Gesellschaftsformation durch politische und soziale Kämpfe ermöglicht uns, aus einem Spektrum von Möglichkeiten zu schöpfen und so für die politischen Gestaltungsmöglichkeiten in den aktuellen Auseinandersetzungen zu sensibilisieren (vgl. Mayer 1996: 24-25). Wenn wir diese Stärken des Regulationsansatzes auf die lokale Ebene richten, sollte es möglich werden, zur Klärung von drei Problemen einen Beitrag zu leisten: 1. zur Frage der Gewichtung des lokalen Raums in der Rehierarchisierung der Regionen, 2. zur Rekonfiguration der Beziehungen zwischen Staat, Markt, und (Zivil-)Gesellschaft, d.h. des lokalen erweiterten, verhandelnden Staats und 3. zur Reregulierung von sozialen Kompromissen im Zusammenhang der Reskalierung.

1. Räumliche Rekonfiguration und die Rolle der lokalen Ebene

Der für die fordistische Ära charakteristische institutionalisierte temporäre Klassenkompromiss zwischen (gewerkschaftlich organisierten Fach-)Arbeitern und Kapital, der eine relativ stabile Basis für die erweiterte Reproduktion des (nationalen) Kapitals darstellte und einherging mit einer Politik ausgleichender Redistribution - von Industrieansiedlung, Bevölkerung und Infrastruktur - im gesamten

nationalen Territorium, ließ zwar große Teile der nationalen Bevölkerung an seiner erweiterten Reproduktion teilhaben, aber verschob die innerhalb des Modells nicht lösbaren Widersprüche und Konflikte auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche. Immigranten und Frauen waren genauso wenig aufgehoben im fordistischen Klassenkompromiss wie die Naturverhältnisse. Auf die Krise und Erosion dieses Modells folgt die Suche nach neuen Kompromissen, einhergehend mit einer zunehmenden Differenzierung des nationalen Raums durch Rekonzentration ökonomischer Ressourcen an strategischen städtischen und lokalen Wachstumszentren und durch staatlich beförderte Stimulierung von intraregionaler Konkurrenz. Das Zurückfahren redistributiver regionaler Politik seit den späten 1970er Jahren zugunsten einer Entwicklung endogener Entwicklungspotenziale gekoppelt mit der Herausbildung „unternehmerischer Städte" (Mayer 1990; Hall/Hubbard 1998) sowie der Um- und Abbau des Keynesianischen (nationalen) Wohlfahrtsstaats zugunsten eines *Schumpeterianischen post-nationalen Workfare Regime* (SWPR^2) produziert eine wachsende geographische Differenzierung: Räumliche Ungleichheiten, Nord-Süd-Gefälle, boomende neben verarmenden Regionen und die Herausbildung neuer innerstädtischer sowie peripherer Armutszonen wurden zu unvermeidlichen Begleiterscheinungen des neu entstehenden Wachstumsmodells.

Dabei resultieren die zunehmenden Divergenzen zwischen Orten und Regionen sowohl aus einer (Re-)Hierarchisierung zwischen diesen Gebieten aufgrund der veränderten und flexibilisierten Standorterwartungen von Wirtschaftsunternehmen und anderen mächtigen Akteuren als auch aus Unterschieden in der lokalen Regulation der Kapitalakkumulation sowie der Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse (Dangschat/Diettrich 1999: 98).

Der sich zuspitzende überregional geführte Wettbewerb um die Wachstumsindustrien manifestiert einerseits die gewachsenen städtischen Handlungsspielräume dank „down-scaling", andererseits produziert der Druck, die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandorts zu sichern und auszubauen, auch destruktive Folgen und verschärfte sozialräumliche Ungleichheiten.

Die in der ersten Phase (1980er Jahre) des „down-scaling" vorherrschenden Strategien der Rekonzentration wirtschaftlichen Wachstums und ungezügelter interregionaler Konkurrenz (also die primär auf unternehmerische Stadtentwicklung setzende sog. *New Urban Policy*, NUP) werden seither vielerorts ergänzt durch einen herunterzonierten (regionalen) Keynesianismus, bei dem redistributive Strategien und soziale Kohäsion *innerhalb* bestimmter subnationaler Zonen für ausgeglichenere Bedingungen sorgen sollen - ohne dabei das übergeordnete Muster räumlich differenzierter Formen soziopolitischer Territorialisierung aufzulösen. Kennzeichnend für diese (mit den späten 1980er Jahren einsetzende) zweite Phase der „Glokalisierung", mit der politische Akteure den manifesten Krisenerscheinungen und Konflikten zu begegnen suchten, wurde die Flankierung rein unternehmerischer Stadtentwicklungsstrategien durch (territorial ausgerichtete) Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Exklusion (Jessop 1998: 97-98; Harloe 2001; Brenner 2002: 22). Allerdings gelten im vorherrschenden Diskurs auch die dominanten (unternehmerischen)

Stadtpolitiken (die das Gros der Ressourcen und der Aufmerksamkeit binden) mit ihren ebenfalls geographisch ausgerichteten Maßnahmen (große Stadtentwicklungsprojekte, Technopoles, sowie die Bemühungen, einkommensstarke Bevölkerungsgruppen in die Innenstädte zurück zu holen) als Instrumente zur Bekämpfung sozialer Exklusion. Während die Maßnahmen zur „Pflege des Wirtschaftsstandorts" und zur Entwicklung der weichen Standortfaktoren den Großteil der Mittel auf sich ziehen, erhalten die marginalisierten Zonen nun mehr Aufmerksamkeit und werden zur Zielscheibe einer neuen Generation von „integrierten" Programmen und Handlungsansätzen, die den sublokalen Raum - das Quartier - zur primären Ebene der Bekämpfung der Armut aktivieren wollen. Vom Privatsektor aufgegebene, von der Stadtentwicklung vernachlässigte und von der Belegungspolitik der kommunalen Wohnungsämter überdurchschnittlich bedachte Gebiete an der ökonomischen Peripherie, wo sich soziale Desintegrationstendenzen mit Mangel an Infrastruktureinrichtungen und desolatem Zustand der Bausubstanz verbinden und zu kumulativen Benachteiligungen führen (Kronauer 1997; Keller 1999; Farwick 2001), werden zum Adressaten einer neuen gebietsbezogenen Politik, die sich die Bekämpfung der sozialen Exklusion auf die Fahnen geschrieben hat (Alisch/Dangschat 1998; Kürpick/Weck 1998; Parkinson 1998; Taylor 1998; Moulaert u.a. 2000).

2. Rekonfiguration der Beziehungen zwischen Staat-Markt-(Zivil-)Gesellschaft

Im Folgenden betrachten wir diese aktuelle Politik der Flankierung etwas genauer, um die sich dabei restrukturierenden Beziehungen zwischen staatlichen und privaten bzw. (zivil)gesellschaftlichen Akteuren im lokalen Raum zu erfassen.

Der vorherrschende Diskurs beschreibt die in den „benachteiligten Stadtteilen" („deprived communities", „quartiers en crise") herrschende strukturelle Arbeitslosigkeit (d.h. die strukturelle Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt bzw. die Einbindung in wachsende prekäre Teile desselben) mit der Folge unübersehbarer Gesellschaftsspaltung nicht mehr als Symptom städtischen Versagens, das mit übergeordneten Redistributionsleistungen zu kompensieren sei, sondern als Barriere für die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Ortes, als Hindernis in der Standortkonkurrenz. Städtische Armut und die mit ihr verbundenen Probleme werden dank ihrer sozialräumlichen Konzentration redefiniert als Mangel an sozialer Kohäsion, der soziale und ökonomische Exklusion produziere und als potenzielle Barriere der Wettbewerbsfähigkeit nach politischen Maßnahmen verlange.

Frankreich hat als erstes europäisches Land der Exklusion den Kampf angesagt.[3] Über die EU wurde der neue Diskurs und die entsprechenden integrierten Handlungsansätze für „exkludierte" städtische Teilräume auf Europa ausgedehnt.[4] Unterschiedliche Varianten von territorial-gerichteten Programmen wurden aufgelegt, denen eine Reihe von Merkmalen gemeinsam ist: Sie begegnen den „Exkludierten" mit *umfassenden* Maßnahmen (also solchen, die ökonomische, soziale, und kulturelle Benachteiligungen gleichzeitig mit wohnungs- und stadterneuerungs-

politischen Initiativen angehen). Bei diesen aus kumulativen Schritten bestehenden Eingliederungsmaßnahmen in Richtung Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Reintegration kommen sozialen Netzen und *sozialem Kapital* große Bedeutung zu. Die Programme betonen allesamt die Kooperation zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen und mit *privaten* und *Drittsektorträgern* v.a. auf lokaler Ebene. Schließlich zielen die Programme[5] darauf ab, die „Exkludierten" zu *aktivieren*, d.h. sie sollen selbst an ihrer Wiedereingliederung partizipieren und ihre sozialen Verbindungen wiederherstellen. Sie haben eine reziproke Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, weshalb die entsprechenden Maßnahmen meist Fördermittel für von gemeinnützigen bzw. Drittsektor-Organisationen (nonprofits) zu entwickelnde sozialwirtschaftliche Trägerstrukturen, nachbarschaftsbezogenen Dienstleistungen oder Umweltprojekte beinhalten. Auch die Veränderungen der jeweiligen nationalen Arbeitsmarktpolitik sowie Reformen der Sozial(hilfe)politik, die mit unterschiedlicher Geschwindigkeit im Lauf der 1990er Jahre alle OECD-Länder erfasst haben, beinhalten den Trend zur Aktivierung der Betroffenen im Rahmen von verpflichtenden *Workfare*-Maßnahmen, die auf das Quartier bezogen sind. Der Bedeutungsgehalt der auch hier häufig verwendeten Termini wie *Empowerment* und Solidarität beinhaltet einen deutlichen Angriff auf „Fürsorgeabhängigkeit", d.h. den sozialen Lohn und andere sozialstaatliche Garantien. Die auf Selbst-Aktivierung zielenden Maßnahmen beinhalten also ein Konzept von individueller oder *community 'self-reliance'*, das deutlich mit einem konservativen Wertekanon harmoniert.

Mit der Verbreitung von Ansätzen der „sozialen Stadtentwicklung" in den 1990er Jahren fand also u.a. eine Verschiebung von einer sozialen zu einer räumlichen Definition von Entwicklung statt: weg von Zielgruppen hin zu Räumen, weg von den universellen Unterstützungsleistungen des keynesianischen Wohlfahrtsstaats hin zu Formen wirtschaftlicher Regeneration, die über auf spezifische Orte gerichtete Erneuerungsmaßnahmen erreicht werden soll. Mittel und Aufmerksamkeit werden auf bestimmte soziale Gruppen gerichtet, die auf der Grundlage ihrer Verortung, ihres Wohnorts, ihrer Nachbarschaft, und der Merkmale ihres Quartiers identifiziert werden. Ob nun Soziale Stadt in Deutschland[6], Neighborhood Renewal Fund in Grossbritannien[7], Entreprises d'insertion und régies du quartiers in Frankreich[8] oder die Palette von EU-Förderprogrammen und Modellprojekten[9]; alle verfolgen Gebiets- anstatt Fachprogramme und bündeln ressourcenübergreifende Maßnahmen mit dem Ziel der (unternehmerischen bzw. erwerbsarbeits-orientierten) Aktivierung der „Exkludierten". Da diese Programme generell noch kaum koordiniert und wenig in die allgemeine städtische Politik und Planung integriert sind, ist ihre Wirkung in Bezug auf Arbeitsmarktintegration oder Steigerung der „sozialen Kohäsion" noch unklar. Aber sie haben bereits deutliche Wirkungen auf die lokalen Trägerorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die bei der Umsetzung dieser Programme maßgeblich beteiligt sind, und tangieren damit die Konturen des lokalen, erweiterten, verhandelnden Staates.

Zentrale Akteure bei der Umsetzung der Programme für „benachteiligte Stadtteile" sind lokale Dritt-Sektor-Organisationen.[10] Diese freien Träger gelten auf-

grund ihrer lokalen Kompetenz, ihrer Nähe zu den Betroffenen, ihren Erfahrungen und ihrer Innovationskraft als geeignet, um die neuen Inklusions-Programme an die ausgegrenzten städtischen Problemgruppen zu vermitteln. Nicht nur weil lokale Initiativen den besonderen lokalen Bedürfniskonstellationen und Entwicklungspotenzialen besser Rechnung tragen können, sondern gerade auch weil sie nicht nach Marktgesetzen funktionieren, sondern auf Solidarität und *Empowerment* basieren, wird ihnen hier Vorrang eingeräumt. EU-Programme bspw. knüpfen dezidiert an europäische Traditionen von *non-profit* bzw. gemeinnützigen Organisationen an (Evers u.a. 2000: 28); die nicht-marktförmige Koordination, die sie mittels *community* und Solidarität bewerkstelligen können, ist Voraussetzung, um Marktversagen gegenzusteuern.

Seit jedoch Stadtteilgruppen, gemeinnützige Organisationen, freie Träger und Sozialdienstleister in den 1990er Jahren damit begonnen haben, Vertragsbeziehungen im Rahmen der diversen Entwicklungs- und Erneuerungsprogramme einzugehen, transformieren sich die intermediären Strukturen der freien Trägerlandschaften in der Stadt(teil)entwicklung und Sozialpolitik: Es entsteht eine Grauzone zwischen sozialer Ökonomie, informeller Ökonomie, und stadtteilbezogenen Dienstleistungen, wobei sich auch neue (Mikro-)Unternehmensformen herausbilden; die freien Trägerorganisationen selbst finden sich auf einer Gratwanderung zwischen sozialer/wirtschaftlicher und politischer Arbeit.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Umorientierung von Transfer- und Unterstützungszahlungen bzw. Versicherungsleistungen hin zu aktiver Sozialpolitik und aktiver, Flexibilisierung betonender Arbeitsmarktpolitik, begleitet von der Aufwertung der informellen/sozialen Ökonomie mit dem Ziel des aktiven, produktiven Bürgers alle Elemente des SPWR reflektiert: die Betonung des unternehmerischen Aktivismus, die Privilegierung des lokalen Raums, *workfare* statt *welfare* und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure. Da die Rolle des letztgenannten Elements in diesem lokalen Regulierungsmuster bislang am wenigsten Aufmerksamkeit erfahren hat, am wenigsten verstanden, aber gleichzeitig herrschaftstechnisch am prekärsten ist, soll sie im folgenden genauer betrachtet werden.

3. Re-Regulierung von sozialen Kompromissen auf lokaler Ebene

Mit den beschriebenen Kooperationsformen entsteht ansatzweise eine neue Konfiguration von (lokalem) verhandelndem Staat-Markt-Dritt-Sektor, die in ihren Konturen keineswegs eindeutig vorherbestimmt ist. Aus regulationstheoretischer Sicht stellt sich die Frage, ob ein Regime entstehen kann, das relevanten - auch benachteiligten - Gruppen Existenz und Entwicklungsperspektiven bieten kann. Denn Hegemonie impliziert - über ökonomische, politische und militärische Dominanz und ideologische Führerschaft hinaus - eine politische Führung, die eine solche integrierende Ordnung garantieren kann. D.h. nur wenn die strukturell Ausgegrenzten sowie die in diesem Bereich arbeitenden politischen und zivilgesellschaft-

lichen Akteure solche Perspektiven sehen, kann das Regulationsmodell Legitimität und temporäre Kohärenz gewinnen. In der aktuell breit geführten Auseinandersetzung um die *hearts and minds* der Beteiligten geht es um genau diese Legitimität: Weltbank, UNESCO, die EU sowie die jeweiligen nationalen Regierungen betreiben einen beachtlichen Aufwand, um für ihre herunterzonierten, auf der (sub) lokalen Ebene zur Anwendung kommenden Erneuerungs-Policies zur Bearbeitung der sozialen Verwerfungen der gesellschaftlichen Restrukturierung Akzeptanz zu mobilisieren. Ein Großteil des (finanziellen) Engagements der einschlägigen Institutionen geht in ideologische Arbeit: umfassende „Begleitforschung" sowie Fluten von Hochglanzbroschüren streuen millionenfach die *message*, dass der Nutzen der Involvierung sublokaler Drittsektororganisationen und ihres Aktivierungspotenzials nicht nur wirtschaftlicher und sozialer Art sei, sondern auch in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht positive Auswirkungen mit sich bringe.[11] Obwohl einschlägige Evaluierungen bestenfalls ein sehr durchwachsenes Bild ergeben (Amin u.a. 1998; Geddes 2000; Mayer 1999; Silver 1998; Stoecker 1997), geht ein Heer von professionellen und auch akademischen Beobachtern von kohäsions- und demokratieförderlichen Effekten der neuen gebietsbezogenen Aktivierungs-Ansätze aus, die es folglich zu stärken und auszuweiten gelte.[12] Auch viele engagierte Gemeinwesenarbeiter und andere Stadtteil-Professionelle sehen hier neue Chancen, die Beteiligung von Bürgern sowie Politikmodelle „von unten" zu fördern - und übersehen dabei häufig den Kontext, in dem diese neuen Politikansätze stehen.

Entgegen der offiziellen Rhetorik, die mit ihrer Betonung von „sozialer Inklusion" und „Kohäsion" politisch mobilisiert, um Legitimation für ihre Projekte zu besorgen, und entgegen den wohlmeinenden *Advocates* von quartiersbezogenen Programmen, setzen sich faktisch häufig andere Tendenzen durch, die von herrschenden Akteuren durchaus als gewollt bezeichnet werden. Eine nüchterne Betrachtung von Untersuchungen in diesem Feld lässt eher problematische Tendenzen sowohl bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen (1) als auch ihren Adressaten (2) erkennen.

1. *Die stadtteilverankerten Organisationen bzw. freien Träger*, die - mit mehr oder weniger umfassenden - integrierten Handlungsansätzen arbeiten, reproduzieren sich inzwischen über bewohnernahe Dienstleistungen und nachbarschaftsorientierte Waren- und Dienstleistungsangebote, über territorial-orientierte Aktivierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Beschäftigungspakte, Quartiersmanagement) oder als lokale Beschäftigungs- und Entwicklungsinitiativen, d.h. sie sind relativ institutionalisiert und in Verträge mit den kommunalen oder übergeordneten Behörden eingebunden. Obwohl manche von ihnen Entstehungshintergründe in den emanzipativen Bewegungen der 1960er und 70er Jahre haben und erst seit relativ kurzer Zeit in die Armutsbekämpfungsstrategien inkorporiert wurden, haben sie sich zunehmend zu Dienstleistungsagenturen entwickelt, die frühere Ansprüche - Problemgruppen zu „Empowerment" zu verhelfen oder gar gesellschaftliche Strukturen zu verändern - tendenziell aufgegeben haben zugunsten von eigenen Reproduktionsinteressen.

Erfolgreiche Träger (d.h. solche, denen es gelingt, Klienten in Arbeit zu bringen) mutieren zu konkurrenzfähigen mainstream-Firmen oder werden von privaten Unternehmen geschluckt. Nur wenigen gelingt es, staatliche Programme für selbstbestimmte Ziele und soziale Auseinandersetzungen zu nutzen. Die meisten verausgaben sich, unterfinanziert und an Personalmangel leidend, als Reparaturnetzwerke gegen die sich verschärfende ökonomische und soziale Desintegration. Die kompetitiven Bewerbungsverfahren, die dazu führen, dass Mittel zumeist auf der Basis von Projekt-Formulierungen (und nicht auf der Basis tatsächlicher Bedarfe) zugewiesen werden, bevorteilen Träger mit starker organisatorischer Struktur, die ihnen die notwendigen Projektantrags-, Lobbying-, Verhandlungs- und Implementationsaufgaben erleichtert (Swyngedouw 2002: 565). Die umfängliche Inanspruchnahme durch Modalitäten und Auflagen der neuen Finanzierungsinstrumente lässt darüber hinaus die Distanz dieser Organisationen zu neuen ausgegrenzten und diskriminierten Gruppen (jugendliche Hausbesetzer, kulturelle Aktivisten etc.) wachsen. Damit verlieren sie jedoch tendenziell genau die Solidarität und Loyalität generierenden „empowering" Kompetenzen, die ursprünglich die Basis für ihre Nutzbarmachung und Einbindung darstellte.

2. *Die Adressaten/Quartiere/Klienten.* Dort wo soziale Ökonomie-Ansätze zum Einsatz kommen, erreichen diese selten die erhoffte Nachhaltigkeit. Stattdessen enden sie oft in einer Ghetto-Ökonomie, wo sie zur weiteren Isolierung der Bevölkerung beitragen, indem sie sie in abgekoppelten ökonomischen Kreisläufen belassen. In Gebieten, wo das Quartiersmanagement zum Einsatz kommt, ist ein häufig beobachteter Effekt, dass bestimmte Stadtteilbewohnergruppen beteiligt werden bei gleichzeitiger Ausgrenzung anderer (unerwünschter oder problematischer) Gruppen.

Wo die Trägerorganisationen ihre Klienten in den Niedriglohnsektor vermitteln (bspw. in Großstädten, in denen eine starke Nachfrage existiert), geht es nicht mehr um die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsplatzes oder den gesellschaftlichen Nutzen der hergestellten Produkte, nicht um selbstbestimmte, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, sondern um *work first*. Im besten Fall wird den Klienten geholfen, mit ihrer Ausgrenzungssituation irgendwie zu recht zu kommen, aber es besteht kein Anspruch mehr, Ausgrenzung zu überwinden. Solche Ziele werden von territorialgerichteten Programmen wie Quartiersmanagement auch nicht formuliert. Weder geht es um Umverteilung, noch um Desegregation, sondern lediglich darum, die „sich selbst verstärkende Spirale der Abwärtsentwicklung" durch „eine stabilisierende Unterstützung" aufzuhalten (Häussermann/Kapphan 2000: 232/234).[13]

Was sich - mit Unterstützung supra-nationaler, nationaler und einzelstaatlicher Programme - auf lokaler (und sublokaler) Ebene herausbildet, ist in der Tat ein neues, integriertes Zusammenwirken von (lokalem) Staat, Zivilgesellschaft und Markt, wobei v.a. den zivilgesellschaftlichen Drittsektororganisationen die Rolle zukommt, lokale Selbstorganisation zu aktivieren. Sie sind unverzichtbar, um die Strategien lokaler Orientierung und nicht-marktförmiger Koordination umzusetzen, um damit einerseits Kooperation zwischen Staat, Kapital, Beschäftigten und lokaler Bevölkerung zu entwickeln und andererseits Marktversagen auszugleichen.

Sie sind in doppelter Hinsicht essentieller Akteur in dieser neuen Konfiguration: Zum einen verfügen nur sie über die Ressourcen nicht-marktförmiger Koordination wie Solidarität und *Empowerment*, mit denen seit der zweiten „Glokalisierungsphase" versucht wird, die entfesselten Marktkräfte politisch einzuhegen; zum andern kann es nur über sie gelingen, Markt- und Konkurrenzrationalität in (zivil-)gesellschaftliche Bereiche einzuführen, die ansonsten schwer vom globalen Kapital zu durchdringen wären. Nur mittels ihrer Intervention ist es möglich, zivilgesellschaftliche (ähnlich wie staatliche) Bereiche zu ökonomisieren, zu sozialem „Kapital" zu machen. In ihrer „best practice" würden sie die Verschmelzung von Markt und *Empowerment* verkörpern, effektiver noch als die Ich-AG!

Die heute praktizierten Modelle und Praktiken unterscheiden sich nicht nur von Land zu Land (je nach Intensität der sozialräumlichen Polarisierung, die in Ländern mit sozialdemokratischer Tradition weniger scharf ausfällt als in stärker liberal-konservativen Ländern), sondern auch von Region zu Region (innerhalb Deutschlands werden stärker neoliberale Ansätze [z.B. in Leipzig], eher neokommunitaristische [in NRW-Städten] oder neokorporatistische [in Berlin] gefahren). Alle sind sie jedoch bemüht, die „Exkludierten" zu Agenten ihres Überlebens und ihre Zuarbeit zu ihrer (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt (bzw. in Mikrounternehmen) zu aktivieren, womit sie dazu beitragen, dass Marktkriterien dort Einzug halten, wo bislang wohlfahrtsstaatliche Kriterien und soziale Rechte galten. Die unterschiedlichen Akzente verdeutlichen nur, dass wir es hier mit einem strategischen, strukturell-selektiven Feld zu tun haben, wo ein neuer institutioneller Kompromiss (bzw. spatio-temporal fix) gesucht und erkämpft wird. Genau hier wird die Auseinandersetzung um eine wesentliche Komponente postfordistischer Regulation ausgetragen, um die Ausgestaltung des prekären Gleichgewichts zwischen der ständigen Produktion und Reproduktion von Ungleichheiten durch Konkurrenz einerseits und den komplexen politischen Prozessen des *Empowerment* der Marginalisierten andererseits. Die notwendige Re-Regulierung sozialer Kompromisse muss wegen der beschriebenen neuen räumlichen Differenzierung v.a. auf lokaler Ebene angesiedelt sein; hier wird aktuell der Kampf um eine neue hegemoniale Ordnung ausgetragen, für die ein prekäres Gleichgewicht zwischen totaler Marktdynamik und der (korrigierenden) Politik des *Empowerment* zentral ist.

4. Resümee: Territoriale Armutspolitik und Lokale Regulationstheorie

Sicherlich handelt es sich bei der Regulierung kontingenter Arbeitsmärkte und dem Management der städtischen „underclass" um strategisch wichtige Politikfelder. Aber die dargestellten Neuerungen im Bereich der lokalen Sozialpolitik, die sich durch ihre territoriale (Quartiers-)Ausrichtung, die „Aktivierung" ihrer Zielgruppen, und die neuen Kooperationsformen zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen und lokalen 'Drittsektor'-Organisationen auszeichnen, stellen lediglich einen Teilausschnitt der neuen sozialstaatlichen Regulation in diesen Bereichen dar.

Obendrein sind sie - trotz großen ideologischen und z.T. auch finanziellen Aufwands - keineswegs flächendeckend und ohne rechtlich-normierenden Status. Sowohl die EU-Stadtentwicklungspolitik als auch die Programme der einzelnen nationalen Regierungen formulieren zumeist Modellprojekte, geben Anreize und bieten Kommunen und anderen lokalen Organisationen die Möglichkeit zur Akquisition zusätzlicher Finanzquellen (womit sie allerdings definieren und beeinflussen, wie innovative Sozial- und Stadtentwicklungspolitik umzusetzen ist). Es ist also schwierig, präzise auszumachen, welches Gewicht diesen neuen Politiken und den sich in ihrem Zusammenhang herausbildenden Regimen zukommt. Ebenso unklar bleibt, in welchem Verhältnis diese neuen Experimente zum parallel stattfindenden Abbau traditioneller sozialstaatlicher Rechte und Garantien, bzw. ihrer Ersetzung durch sozial-autoritäre Pakete von „Rechten und Pflichten" stehen.

Auf relativ abstrakter Ebene hat Jessop solche für die Frage der postfordistischen Regulationsformen relevante Klärungen und Gewichtungen vorgenommen, wenn er die veränderten Formen von Staatlichkeit mit dem Übergang von keynesianischen zu schumpeterianischen, von wohlfahrtsstaatlichen zu auf Arbeitsbereitschaft zielenden Interventionen, vom nationalstaatlichen Rahmen zu supra- und substaatlichen Ebenen der Entscheidung und Erbringung, und mit der Betonung von 'Regimes' bzw. von Governance-Arrangements anstatt „top-down" zentralstaatlicher Intervention markiert (Jessop 1999). Für die lokale Ebene jedoch ist regulationstheoretisch noch ungeklärt, ob es sich bei den beschriebenen Politiken eher um Suchbewegungen handelt und wie weitere Bereiche der lokalen Politik von diesen Tendenzen erfasst werden.[14] Zwar stellt die Anti-Armutspolitik in der Tages- und Fachpresse inzwischen ein gewichtiges Segment der lokalen Politik dar, dennoch wäre die Verbindlichkeit der hier beobachteten Tendenzen von Zusammenwirken gesellschaftlicher und staatlicher Akteure, der Lokalisierung sozialstaatlicher Politik und des „aktivierenden Staats" für andere Bereiche lokaler governance erst noch zu erforschen. Insbesondere müsste der Analyserahmen erweitert und sowohl die anderen Veränderungen im Bereich der Regulation der Reproduktion der Arbeitskraft (parallel zur Entstehung neuer Formen territorialer Armutspolitik findet ein Umbau des Wohlfahrtsstaats in Form von Kürzungen und Beschneidungen und eine Flexibilisierung des Arbeitmarkts statt, gleichzeitig bleiben in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern zentrale sozialstaatliche Institutionen noch erhalten), als auch die neue Form und Funktion lokaler Staatlichkeit insgesamt betrachtet werden. Zu klären wäre hier, inwiefern im neuen Zusammenspiel der verschiedenen staatlichen Ebenen der lokalen tatsächlich eine veränderte Rolle zukommt: Einerseits ein Kompetenzzuwachs, insofern sie nicht mehr nur umsetzt und verwaltet, was auf höherer Ebene beschlossen wurde, sondern selbst entsprechend der lokalen Bedingungen Programme entwickelt, um endogenes Potenzial zu nutzen und zu fördern, und selbst aktivierend eingreift, insofern sie - angereizt über Modellprojekte - eigene workfare- und sozialräumliche Entwicklungsmaßnahmen auflegt. Andererseits werden die Handlungsspielräume der Kommunen eingeschränkt, insofern ihre Kompetenzen auf höhere und besonders suprana-

tionale Regulierungsebenen verlagert werden, und die Bereitstellung öffentlicher Aufgaben nach und nach aus dem Staat in den privaten Sektor verlagert und marktwirtschaftlichen Prinzipien unterworfen wird (vgl. Raza 2001).

Falls die Erfahrungen im Segment der neuen territorialen Armutspolitik ein Hinweis sein können, lenken sie die Aufmerksamkeit auf die Re-regulierung sozialer Kompromisse auf lokaler Ebene über die Mittel Wettbewerb und Anreize. Die zentral- und überstaatlich gesetzten Anreizstrukturen gewähren den (konkurrierenden) Kommunen Finanzmittel und Programme, deren Vorgaben und Auflagen mit den Zielsetzungen des von Jessop idealtypisch beschriebenen SWPR kompatibel sind. Die Finanznot der Kommunen ist so stark, dass sie ihre Suchbewegungen also in eine bestimmte Richtung lenken: über *competitive contracting* konkurrieren sie um Möglichkeiten, ihren sozialstaatlichen Aufgaben nachzukommen. Sie konkurrieren also nicht nur um Investoren und Standortvorteile, sondern auch um Finanzmittel von (Bundes)Regierung und EU zur Durchführung quartiersbezogener und aktivierender Entwicklungsmaßnahmen - und akzentuieren damit die räumliche Differenzierung soziopolitischer Territorialisierung. Damit entstehen nicht nur neue räumliche Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten (die in der Konkurrenz nicht erfolgreichen oder nicht partizipierenden Kommunen müssen ihre Armut statt mit Quartiersmanagement und *re-insertion* mit rein repressiven und ausgrenzenden Maßnahmen verwalten), sondern auch neue staatliche Regime, die nicht-staatliche Mechanismen und nicht-staatliche Akteure auf sub- und supranationalen Ebenen in die Politik einbinden. Und es verändern sich dabei die Strukturen staatlichen Handelns weg von der flächendeckenden Gesetzgebung, der 'imperativen Koordination' durch den souveränen Staat, hin zu (selektiven) Kooperationen und Partnerschaften mit privaten sowie gemeinnützigen Akteuren, wobei der kommunalen/lokalen Form der (Sozial)Staatlichkeit - die nun selbst der Konkurrenz unterworfen ist - komplexe aktivierende und intervenierende Funktionen zukommen, um lokal differenzierte soziale Kompromisse zu organisieren und zu regulieren.

Anmerkungen

1 Die strategische Bedeutung supranationaler Ebenen für die postfordistische Regulation ist weit besser beforscht, siehe bspw. Gill 1998, Jessop 2000; Swyngedouw 2000.

2 Bei dieser von Jessop (1999) eingeführten idealtypischen Beschreibung wird der keynesianische nationale Wohlfahrtsstaat (KWNS - Keynesian welfare national state) durch ein „Schumpeterian workfare postnational regime" (SWPR) ersetzt.

3 Der Begriff der Exklusion hat seinen Ursprung in der französischen Sozialpolitik und basiert auf der langen Tradition des französischen Republikanismus, der Solidarität und Inklusion als zentrale Bestandteile von Bürgerrechten definiert (Silver 1996). Inklusion bzw. Einschließung implizierte also ursprünglich die republikanische Vorstellung universalistischer, vom Staat garantierter, Rechte, und stellte damit die Grundlage für die späteren Eingliederungsmaßnahmen („reinsertion") für Marginalisierte dar.

4 Im Maß wie sich die EU diese Terminologie (Solidarität/Inklusion, Exklusion, soziale Kohäsion) als Basis zur Entwicklung einer übergreifenden europäischen Sozialpolitik aneignete, um wirtschaftliches Wachstum und Konkurrenzfähigkeit mit sozialer Solidarität zu verknüpfen,

verlor sich die Verkopplung mit den ursprünglichen sozioökonomischen und politischen Bedeutungsgehalten des französischen Republikanismus. In der Praxis werden die Begriffe jetzt meist über einen Set von Indikatoren - wie z.B. Beteiligung, Zugang zum Arbeitsmarkt o.ä. - definiert. Im Gegensatz zu den traditionellen Armuts- Begrifflichkeiten verweist die „Exklusion" auf soziale Spaltungslinien jenseits von am Erwerbssystem orientierten Schichten- und Klassenschemata; sie betont den multidimensionalen Charakter der Ausgrenzung und Benachteiligung, die nicht nur ökonomische und soziale Ursachen und eine entsprechend breite Palette von Folgen haben, und deren Behandlung deshalb auch umfassender Maßnahmen und der Kooperation verschiedener staatlicher Ebenen mit privaten und Drittsektor-Trägern bedarf (Silver 1998:16).

5 Dies ganz im Gegensatz zu den traditionellen Einkommenstransfers (aus versicherungsbasierten oder Fürsorgeprogrammen), die nun als Isolierung und Passivität befördernd und menschliche Ressourcen vergeudend angesehen werden.

6 In der Bundesrepublik gab es zunächst lediglich lokale und Landesinitiativen (NRW, Hamburg) für „integrierte Förderung von Stadtteilen mit besonderer Erneuerungspriorität", erst seit 1999 existiert eine nationale Politik der sozialen Stadtentwicklung. Das Bund-Länder-Programm unterstützt 180 Quartiere in mehr als 160 Städten bei der Entwicklung und Durchführung lokaler Handlungsansätze. Der Bund stellt jährlich 50 Mio. Euro zur Verfügung, weitere 50 Mio. Euro kommen jeweils von Ländern und Gemeinden. Bereits vorher existierende lokale Handlungsansätze wie Quartiersmanagement werden seither durch das Bund-Länder-Programm aufgestockt (vgl. DIFU 2002; Alisch 2002).

7 Gebietsbezogene Maßnahmen begannen in Großbritannien mit dem *City Challenge*-Programm und, darauf aufbauend, dem *Single Regeneration Budget,* die Mittel aus unterschiedlichen Ministerien bündelten und mittels kompetitiver Verfahren an Kommunen und einzelne Projektinitiativen vergaben. Diese noch stark *top-down*-strukturierten Programme wurden Ende der 1990er Jahre durch eine stärkere Einbeziehung der sublokalen/*Community* Ebene als Partner sowohl herunterzoniert als auch stärker auf die Bekämpfung „sozialer Exklusion" ausgerichtet. Die direkt beim Premierminister angesiedelte *Social Exclusion Unit* betont „community empowerment" nicht nur rhetorisch, sie stellte auch 800 Mio. £ für einen Neighborhood Renewal Fund und diverse kleinere Budgets für 17 verschiedene *Pathfinder*-Pilot-Projekte für die 88 am meisten benachteiligten Gebiete bereit, mit denen „community empowerment" betrieben und über dezentralisierte und partizipatorische Dienstleistungserbringung „soziale Kohäsion" gesichert werden soll (Geddes/Root 2000).

8 In Frankreich kann der Beginn einer nationalen Stadt(teil)entwicklungspolitik auf die 1981er Unruhen in Les Minguettes zurückverfolgt werden, die zur Gründung einer Nationalen Kommission für die Soziale Entwicklung von Nachbarschaften (Développement Social des Quartiers, DSQ) geführt haben. Auch eine Reihe weiterer Initiativen verfolgte im Verlauf der 1980er Jahre das Ziel, soziale und Wohnungs- und Infrastrukturprobleme auf dezentraler, wenn auch primär experimenteller Basis auf integrierte Weise anzugehen. Parallel zu den stadt(teil)entwicklungspolitischen Maßnahmen und Institutionen entstanden (bereits seit 1979) Programme für auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, die mit *entreprises d'insertion*, *associations intermediaries*, und *régies du quartiers* zivilgesellschaftliche Organisationen einbinden, um wirtschaftliche mit sozialen Zielsetzungen zu verknüpfen: Diese Organisationen sollen die „Problemgruppen" mittels maßgeschneiderter sozialer Unterstützung in Arbeit (im ersten Arbeitsmarkt oder in öffentlich subventionierten Bereichen) bringen (Silver 1998; Morel 1998).

9 Neben den im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Fonds zur regionalen Entwicklung (EFRE) bestehenden Förderprogrammen (Gemeinschaftsinitiative URBAN I und URBAN II zur Förderung städtischer Problemgebiete) wurden in den letzten Jahren auf EU-Ebene auch „Lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen" aufgelegt, mit denen die EU die Instrumente der Strukturfonds stärker zur Schaffung von Arbeitsplätzen in städtischen Problemgebieten einsetzen will (Evers u.a. 2000; Europäische Kommission 1995; 1996). Mit

diesem Ansatz sollen gleichzeitig lokalisierte Handlungsstrategien gefördert werden sowie marktgesteuerte Dynamik mit (sozial)staatlicher sowie gesellschaftlicher Initiative verkoppelt werden, wobei nichtstaatliche Anbieter Vorrang haben sollen. „Soziale Unternehmen" und „neue Sozialwirtschaft" sollen die Grenze zwischen sozialstaatlichen Angeboten einerseits und völlig dem Markt überlassenen privaten Dienstleistungsmärkten andererseits überwinden, und territoriale Beschäftigungspakte sollen zur aktiven Einbeziehung und Selbstorganisation von lokalen Gruppen als potenziellen Koproduzenten und Konsumenten von zu entwickelnden neuen Angeboten führen (Evers u.a. 2000: 28). Ende 1997 legte die Generaldirektion V (Beschäftigung und soziale Angelegenheiten) das Programm „Drittes System und Beschäftigung" auf, diese EU-Gemeinschaftsinitiative fördert Pilotprojekte und deren wissenschaftliche Begleitung. Dabei wird das „Dritte System" definiert als Sozialökonomie, deren Wirtschaftsweise sich von der des „ersten Systems" (privat, gewinnorientiert) sowie der des „zweiten Systems" (öffentlich, staatlich verfasst) unterscheidet, und die, im Gegensatz zum informellen Dritten System (der Schattenökonomie) mit einer territorialen Begrenzung ausgestattet zur „Gemeinwesenökonomie" avanciert (vgl. Borzaga/Defourny 2001; Geddes 2000). Im Gegensatz zu traditionellen Kooperativen und Genossenschaften involvieren die heutigen „social enterprises" sehr heterogene Partner: Produzenten wie Konsumenten der Dienstleistungen, ehrenamtliche wie angestellte ArbeiterInnen, Unterstützerorganisationen wie lokalstaatliche Vertreter. Diese „multi-stakeholder structure" könne sogar, so wird unterstellt, zur erfolgreichen Konkurrenz mit profitorientierten Unternehmen führen (Defourny 2001:12).

10 Hier finden sich unterschiedliche Ausrichtungen und folglich auch Benennungen. Im angelsächsischen Bereich: Local Development Associations (LDAs), Community Development Corporations (CDCs) und andere „community-based nonprofits"; im frankophonen Bereich: entreprises d'insertion oder regies du quartier.

11 Beispielhaft die Website der Weltbank, wo die Bedeutung der sozialen Kapitalbildung für die Armen in Dritter wie Erster Welt betont wird: http://www.worldbank. org/poverty/scapital/sources/index.htm.

Siehe beispw. Moulaert u.a. 2000; Gittell/Vidal 1998; Löhr 2001; Boos-Krüger 2000; Hinte 1998. Die Literatur zu den positiven Wirkungen von bürgerschaftlichem Engagement und sozialem Kapital ist inzwischen unübersehbar. Meist werden Untersuchungen der neuen Handlungsansätze in den Stadtteilen in den Rahmen dieser Diskurse eingebettet.

13 Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von Berlin hat zur Vorbereitung ihres Quartiersmanagement-Programms eine Studie „Sozialorientierte Stadtentwicklung" in Auftrag gegeben, die 1998 veröffentlicht wurde (IfS/S.T.E.R.N., Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin 1998). An ihrer Erstellung waren die genannten Autoren maßgeblich beteiligt. In ihrem Berlin-Buch heißt es zu diesen Quartieren: „Durch selektive Migration und durch die Verarmung der Bewohner können in einem Quartier Prozesse in Gang kommen, die zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen" (232). „Die Quartiere können sich, wenn der Prozess der sozialen Entmischung erst ein gewisses Niveau erreicht hat, nicht mehr selbst helfen... Ohne eine stabilisierende Unterstützung würden sie sich weiter 'nach unten' entwikkeln, selbst wenn die Eigenart der Subkultur als bewahrenswert angesehen wird" (234). Und zum Quartiersmanagement selbst: „Die Aufgabe von Quartiersmanagement ist nicht die Beseitigung von Armut und der Arbeitslosigkeit... Die Hoffnung ist vielmehr, dass viele Probleme gelöst werden können ohne Parkwächter und mobile Schutztrupps in den Strassen" (263).

14 Vgl. auch Peck/Tickell (2002: 397): „...the processes of institutional searching that have become such compelling factors of the after-Fordist era have been (increasingly?) played out at the urban and subnational scales."

Literatur

Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen.

- (Hg., 2001²): Stadtteilmanagement: Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen.

-/Jens Dangschat (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit.

Blätter der Wohlfahrtspflege (2001): Themenheft Lokale Ökonomie 148, 5+6.

Amin, Ash/Angus Cameron/Ray Hudson (1998): Welfare to Work or Welfare as Work? Combating Social Exclusion in the UK. University of Durham: Department of Geography.

Boos-Krüger, Annegret (2000): Die soziale Stadt - Chancen für eine reformbedürftige (kommunal-)politische Kultur? In: Zeitschrift für Sozialreform 46(7), 662-667.

Borzaga, Carlo/Jacques Defourny (Hg., 2001): The Emergence of Social Enterprise. London: Routledge.

Brenner, Neil (2003): 'Glocalization' as a state spatial strategy: urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in Western Europe. In: Jamie Peck/Henry Yeung (Hg.), Global Connections. Thousand Oaks: Sage (im Erscheinen)

-/Nik Theodore (Hg., 2002): Spaces of Neoliberalism: Urban Restructuring in Western Europe and North America. Antipode 34(3).

Dangschat, Jens S./Ben Diettrich (1999): Regulation, Nach-Fordismus und „global cities" - Ursachen der Armut. In: Jens S. Dangschat (Hg.), Modernisierte Stadt, Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen, 73-107.

Defourny, Jacques (2001): Introduction: From third sector to social enterprise. In: Carlo Borzaga/Jacques Defourny (Hg.), The emergence of social enterprise. London: Routledge, 1-28.

DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik (Hg., 2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt. Berlin: DIFU.

Evers, Adalbert/Matthias Schulze-Böing/Sabine Weck/Werner Zühlke (2000): Soziales Kapital mobilisieren. Gemeinwesenorientierung als Defizit und Chance lokaler Beschäftigungspolitik. Dortmund: ILS.

Farwick Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen.

Geddes, M. (2000): 'Tackling social exclusion in the European Union'. The limits of the new orthodoxy of local partnership. In: International Journal of Urban and Regional Research 24(4), 782-800.

Geddes, M./A. Root (2000): Social Exclusion - new language, new challenges for local authorities. In: Public Money and Management 20(2), 55-60.

Gill, Stephen (1998): European governance and new constitutionalism: economic and monetary union and alternatives to disciplinary neoliberalism in Europe. In: New Political Economy 3(1), 417-437.

Gittell, Ross/Avis Vidal (1998): Community Organizing. Building Social Capital as a Development Strategy. Thousand Oaks: Sage.

Häussermann, Hartmut/Andreas Kapphan (2000): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Opladen.

Hall, T./P. Hubbard (Hg., 1998): The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime and Representation. London: Wiley.

Harloe, Michael (2001): Social Justice and the City: The New 'Liberal Formulation'. In: International Journal of Urban and Regional Research 25(4), 889-897.

Hinte, Wolfgang (2001): Quartiermanagement als kommunales Gestaltungsprinzip, Blätter der Wohlfahrtspflege 148, 5+6, 113-115.

- (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, Monika (Hg.), Stadtteilmanagement. Opladen, 157-180.

Hirsch, Joachim (2001): Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation. In: Joachim Hirsch et al. (Hg.), 171-209.

-/Bob Jessop/Nicos Poulantzas (2001): Die Zukunft des Staates. Hamburg.

ILS (2000): Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund:. ILS.

Jessop, Bob (1990a): State Theory. Putting Capitalist States in Their Place. Cambridge: Polity Press.

- (1990b): Regulation Theory in Retrospect and Prospect. In: Economy and Society 19(2), 153-216.

- (1998): The narrative of enterprise and the enterprise of narrative: place-marketing and the entrepreneurial city. In: T. Hall/P. Hubbard (Hg.), The Entrepreneurial City. London: John Wiley & Sons, 77-102.

- (1999): The Changing Governance of Welfare: Recent Trends in its Primary Functions, Scale, and Modes of Coordination. In: Social Policy & Administration 33(4), 348-359.

- (2000): The crisis of the national spatio-temporal fix and the ecological dominance of globalizing capitalism. In: International Journal of Urban and Regional Research 24(2), 323-360.

- (2001): Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaats. Ein Beitrag zur Kritik der globalen politischen Ökonomie. In: Joachim Hirsch et al. (Hg.), 139-170.

Jones, Martin R. (1997): Spatial selectivity of the state? The regulationist enigma and local struggles over economic governance. In: Environment and Planning A 29, 831-864.

Keller, Carsten (1999): Armut in der Stadt: Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Opladen.

Europäische Kommission (1995): Lokale Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung. Luxemburg.

- (1996): Erster Bericht über lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen. Schlussfolgerungen für territoriale und lokale Beschäftigungsbündnisse. Luxemburg.

Kronauer, Martin (1997): 'Soziale Ausgrenzung' und 'Underclass': Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan 25, 28-49.

Kürpick, Susanne/Sabine Weck (1998): Policies against social exclusion at the neighborhood level in Germany. In: Ali Madanipour/Göran Cars/Judith Allen (Hg.), Social exclusion in european cities. Processes, experiences, and responses. London: Jessical Kingsley Publ., 189-210.

Läpple, Dieter (2000): Städte im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Entwicklungsdynamik. In: ILS 2000, 19-31.

Löhr, Rolf (2001): Wider die sozialräumliche Spaltung. Das Programm ‚Soziale Stadt' und seine Bedeutung für die soziale Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 148, 5+6, 109-112.

Mayer, Mayer (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: R. Borst u.a. (Hg.), Das neue Gesicht der Städte. Basel, 190-208.

Mayer, Mayer (1991): 'Postfordismus' und 'lokaler Staat' In: Hubert Heinelt und Hellmut Wollmann (Hg.), Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Basel, S.31-51.

Mayer, Margit (1996): Postfordistische Stadtpolitik. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40/1-2, 20-27.

- (1999): Die Rolle von Stadtteilorganisationen im Kontext von Workfare. In: S.Lang/M.Mayer/Ch.Scherrer (Hg.), Jobwunder USA - Modell für Deutschland? Münster, 252-264.

Morel, Silvie (1998): The new reciprocity in the 'Relation of Assistance' . American *Workfare* vs. French *Insertion* Policies. In: International Review of Comparative Public Policy 10.

Moulaert, Frank u.a. (2000): Globalization and Integrated Area Development in European Cities. Oxford: Oxford UP.

Painter, Joe (1995): Regulation Theory, Post-Fordism and Urban Politics. In: David Judge/Gerry Stoker/Harold Wolman (Hg.), Theories of Urban Politics. London: Sage, 276-296.

Parkinson, Michael (1998): Combating social exclusion. Lessons from area-based programmes in Europe. Bristol: The Policy Press.

Peck, Jamie/Adam Tickell (1994): Searching for a New Institutional Fix: the *after*-Fordist crisis and global-local disorder. In: Ash Amin (Hg.), Post-Fordism. A Reader. Cambridge, Ma.: Blackwell, 280-315.

-/- (2002): Neoliberalizing Space, Antipode 34(3), Special Issue on Spaces of Neoliberalism, 380-404.

Raza, Werner (2001): Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften Arbeitspapier Nr. 21.

Silver, Hilary (1998): Social Exclusion and local citizenship: community economic development in France and the USA. In: Cathérine Pouzoulet/Jacques Portes (Hg.), Des Modèles en Question: Villes, Culture, Citoyenneté en Amérique du Nord. Lille: Universite de Lille.

Stoecker, Randy (1997): The CDC Model of Urban Redevelopment: A Critique and an Alternative. In: Journal of Urban Affairs, 19(1), 1-22.

Swyngedouw, Eric (2000): Authoritarian governance, power and the politics of rescaling. In: Environment and Planning D: Society and Space 18, 63-76.

-/Frank Moulaert/Arantxa Rodriguez (2002): Neoliberal Urbanization in Europe: Large-Scale Urben Development Projects and the New Urban Policy. In: Brenner/Theodore (Hg.), Spaces of Neoliberalism: Urban Restructuring in Western Europe and North America. Antipode 34(3), 542-577.

Taylor, Marilyn (1998): Combating the social exclusion of housing estates. In: Housing Studies 13(6), 819-832.